

19. Gedenkstätten

Gedenk- und Erinnerungsstätten sind Teil unserer politischen Kultur. Sie erinnern an Unterdrückung, an Verfolgung und Ermordung von Menschen unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, aber auch an Widerstand und Verweigerung, zumal in der Heimat von Johann Georg Elser, der Geschwister Scholl und der Brüder Stauffenberg.

Die Erinnerung mahnt zur Wahrung der Menschenwürde, zu Freiheit, Demokratie und Zivilcourage. Sie ist Teil unserer demokratischen Traditionsbildung. Gedenkstätten erfüllen mit ihrer pädagogischen Arbeit in besonderer Weise den Auftrag nach Artikel 12 der Landesverfassung, „zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen“.

(aus: Kultur 2020. Kunstpolitik für Baden-Württemberg, September 2010, Seite 287)



Gedenkstätte Stuttgarter Nordbahnhof

15 Jahre Gedenkstättenarbeit

Kulturkonzept für Baden-Württemberg



Die am 30. Juli 2010 vom Landtag abschließend beratene und im Anschluss vom Ministerrat verabschiedete Konzeption Kultur 2020 konstatiert den hohen Wert der Gedenkstätten für die Würdigung der Opfer, die Erinnerung an eine verbrecherische Vergangenheit, die Mahnung für die

Zukunft, aber auch den Respekt vor den Bürgern, welche die Gedenkstätten geschaffen haben und betreiben. Diese kommen aus allen gesellschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Bereichen, was sich mit dem Auftrag der Landeszentrale deckt, überparteilich und überkonfessionell zu arbeiten. Der LpB-Fachbereich Gedenkstättenarbeit wirkte maßgeblich an der Formulierung des entsprechenden Kapitels der Konzeption „Kultur 2020“ mit.

Ein weiter Weg

Im Dezember 1995 hat der Landtag die Landeszentrale mit der Betreuung der Gedenkstätten beauftragt. Damit fand ihre von Anfang an intensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wie auch die Zusammenarbeit mit den damals bestehenden Gedenkstätten – beispielsweise durch Heinz Lauber und Reinhard Gassman – Anerkennung

und Weiterführung. Sicherlich hat auch die konstruktive Rolle der LpB in den Beratungen zur Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg (LAGG) bei der Entscheidung für die LpB eine wichtige Rolle gespielt. Siebzehn Einrichtungen schlossen sich damals zusammen. Heute umfasst diese Gemeinschaft 56 Gedenkstätten, 29 Initiativen für Gedenkstätten und aktives Erinnern (ohne Stolpersteininitiativen) sowie 14 Museen und Erinnerungsorte mit zeitgeschichtlichem Bezug.



Meilensteine 1995 bis 2010

Von früher isolierten örtlichen Initiativen engagierter Bürgerinnen und Bürger bis heute war es ein langer Weg. In ihm spiegelt sich der Weg der Gesellschaft wider – von anfänglicher Verdrängung bis hin zur intensiven Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, von weißen Flecken in den Ortschroniken und im Schulunterricht bis hin zu den aktuellen gedenkstättenpädagogischen Angeboten.

Meilensteine der letzten fünfzehn Jahre waren die Entwicklung einer gemeinsamen Präsentation der Gedenkstätten, der Entschluss des Landtagspräsidiums, die Gedenkfeier am 27. Januar (Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus) an wechselnden Gedenkstätten durchzuführen und die Entwicklung des Europäischen Tages der Jüdischen Kultur zu einem europaweiten Aktionstag.



Gedenkstätten in Baden-Württemberg



Gedenkstättenkongress in Karlsruhe

Der von der Baden-Württemberg Stiftung finanzierte Gedenkstättenkongress 2005 in Karlsruhe zog eine erste Bilanz und formulierte weitergehende Perspektiven. 2009 erfolgte die Anpassung der Fördergrundsätze an die gewandelten Anforderungen durch den Bildungsplan. Die landespolitische Verortung der Gedenkstätten erfolgte schließlich 2010 im oben erwähnten Konzept Kultur 2020. Das Buch Orte des Gedenkens und Erinnerns (Band 35 der Landeskundlichen Schriftenreihe der LpB) stellte 2007 die Gedenkstättenlandschaft umfassend dar und ist heute schon nicht mehr vollständig, da weitere hinzu gekommen sind.

Personeller Umbruch nach 15 Jahren

Der Aufbau und die Betreuung des Fachbereiches Gedenkstättenarbeit lagen von Anfang an bei Konrad Pflug und Renate Baur als Sachbearbeiterin, bei der alle Rat und Unterstützung fanden. Konrad Pflug leitete den Fachbereich, kümmerte sich um die fachlichen Fragen, die Kontakte zu den Gedenkstätten, Fachorganisationen, Ministerien, zu Kommunen, zum Land und zum Bund. Gemeinsam bauten sie ein dichtes Netzwerk auf. Es ist ein biographischer Zufall, dass beide aus Altersgründen nach 15 Aufbaujahren innerhalb von nur vier Monaten ihren Posten verlassen. Neue Abteilungsleiterin und Fachreferentin für den

Gedenkstättenbereich wird Sibylle Thelen. Sie war zuletzt als leitende Redakteurin der Wochenendbeilage der Stuttgarter Zeitung tätig. Die Sachbearbeitungsstelle wurde mit der Diplomverwaltungswirtin Christina Schneider neu besetzt.

Arbeitende Gedenkstätten

LAGG und LpB gehen vom Begriff der „arbeitenden Gedenkstätte“ aus, d. h. eine Gedenkstätte befindet sich an einem authentischen historischen Ort und erinnert an einen bestimmten Verfolgungskomplex oder eine Form des Widerstands. Sie verfügt über eine geschichtswissenschaftliche Grundlage und ein pädagogisches Konzept; es stehen Informations- und Unterrichtsmaterialien sowie eine Betreuung durch sachkundige Personen bereit. Die Schauplätze und ihr heutiges Wirken sind in ihrer Vielschichtigkeit nur schwer umfassend zu beschreiben. Es sind Orte der Toten und der Trauer, des individuellen Erinnerns und protokollarisch geprägter Feiern sowie Orte der Begegnung. Es sind Museen; an ihnen geschieht wissenschaftliche Forschung, publizistische Dokumentation sowie pädagogische Vermittlung, Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit. Es sind Lernorte und Orte von Kulturveranstaltungen.

Partizipation durch Konsultation

Zu Beginn war es das wichtigste Ziel, aufbauend auf einem ganzheitlichen Geschichtsbild die Zusammenarbeit der Gedenkstätten zu intensivieren und ihnen ein gemeinsames Profil zu geben. Dazu waren Klärungsprozesse notwendig, denn die bestehenden Gedenkstätten hatten über die Jahre hin ein jeweils eigenes Selbstverständnis entwickelt. Über die Formel der Präambel hinaus („Gedenken und die Erinne-

rung an die Leiden der Opfer von Verfolgung und Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime“) musste man sich darüber verständigen, wie dies sachlich fundiert und in angemessener Form gestaltet und strukturiert werden kann.

Gedenkstätten sind Bürgerprojekte

Die meisten Gedenkstätten im Land verstehen sich bis heute als Bürgerprojekte. In der konkreten Zusammenarbeit wurde gemeinsam die Form der partnerschaftlichen Partizipation durch Konsultation entwickelt. Sie achtet die Eigenständigkeit und Vielfalt der Gedenkstätten und lässt sie die Entscheidung über Weiterentwicklungen selbst treffen. So werden die jährlichen Förderschwerpunkte von den Gedenkstätten selbst vorgeschlagen und die Entscheidungen über die Förderanträge von einem paritätisch besetzten Beirat getroffen. Die Förderung hatte von Anfang an zum Ziel, die wissenschaftlichen Grundlagen der Gedenkstätten und ihre zeitgemäße pädagogische Arbeitsfähigkeit zu sichern. Neu entwickelt haben sich in den vergangenen zehn Jahren die lokale, regionale und landesweite Zusammenarbeit und die Teilhabe am regionalen Bildungs- und Kulturangebot.

Orientierung an Bedürfnissen

In den 2008 und 2009 überarbeiteten Grundsätzen für die Förderung findet diese Praxis ihren Ausdruck. Sie besteht demnach aus

- Beratung und Koordination bei der Planung und Gestaltung,
- Beratung bei der Entwicklung pädagogischer Konzepte,
- Beratung bei der Beantragung von Drittmitteln und der Eröffnung weiterer Förderwege,

- finanzieller Förderung zur Sicherung der pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeitsfähigkeit.

Letztere erfolgt als direkte Förderung an die einzelnen Gedenkstätten über ein jährliches Antragsverfahren für abgeschlossene Projekte sowie als indirekte Förderung durch übergreifende Maßnahmen, wie z. B. den landesweiten Gedenkstätten-Guide, pädagogische Materialien, Fachtagungen und Fortbildungen oder durch die Koordination und Öffentlichkeitsarbeit für den jährlichen „Europäischen Tag der Jüdischen Kultur“.

Die örtlich höchst unterschiedlichen Ausgangssituationen bei der Schaffung oder Restauration von Gedenkstätten bedürfen eines breiten Diskurses, der von der kommunalen über die regionale bis hin zur landespolitischen Ebene reichen kann. Dieser braucht Zeit, lässt sich kaum beschleunigen und schon gar nicht vermeiden. Dafür Beratung anzubieten ist eine zentrale Aufgabe des LpB-Fachbereichs Gedenkstättenarbeit. Hinzu kommt die Koordination mit den Fachministerien und institutionen in Land und Bund.

Ist „europäische“ Erinnerung möglich?

In der Fachdiskussion nimmt seit einiger Zeit die Debatte darüber einigen Raum ein, ob eine gemeinsame europäische Erinnerung möglich ist. Klar ist, dass die Gemeinsamkeit nicht darin bestehen kann, historische Verantwortlichkeiten zu verwischen. Beobachtet man aber die Entwicklungen beispielsweise in Großbritannien und Frankreich, so kann man feststellen, dass zumindest in den didaktischen Ausrichtungen Übereinstimmungen bestehen. So stellt die Holocaust-Exhibition des Imperial War Museums in London die Frage nach der Bedeutung für die citizenship heute ebenso in den Mittelpunkt wie in Frank-

reich Dany Tétot, Präsident der Vereinigung Amis de la Fondation pour la Mémoire de la Déportation, die citoyenneté oder für das Centre européen du résistant déporté (CERD) die éducation civique. Gedenkstättenpädagogik darf nicht nur auf die Geschichte schauen, sondern muss die Gegenwart einbeziehen. Die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft ist auch ein Auftrag für die Gedenkstätten.

Kontakte mit Frankreich

Im Vordergrund unserer Kontakte zum Ausland steht die langjährige Kooperation mit dem vom französischen Verteidigungsministerium getragenen Centre européen du résistant déporté (CERD) am ehemaligen Konzentrationslager Natzweiler-Struthof in den Vogesen, dem Stammlager unserer hiesigen ehemaligen Konzentrationslager. Sie wurde am 24. März 2011 in Mosbach mit dem Abschluss einer förmlichen Convention unterstrichen. Hinzu kommt im internationalen Bereich die pädagogische Begleitung der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der badischen Städte zum Unterhalt



Unterzeichnung des deutsch-französischen Kooperationsvertrags am 24. März 2011 in Mosbach: von links Arno Huth (2. Vorsitzender KZ-Gedenkstätte Neckarelz e. V.), Valérie Drechsler (Direktorin des CERD), Konrad Pflug (LpB), Gerd Teßmer (ehem. MdL, Schatzmeister KZ-Gedenkstätte Neckarelz e. V.), Dorothee Roos (1. Vorsitzende KZ-Gedenkstätte Neckarelz e. V.), Michael Jann (Oberbürgermeister der Stadt Mosbach). (Foto: Georg Fischer)

und zur Pflege des Deportiertenfriedhofs in Gurs/Pyrénées Atlantiques. Wir halten engen Kontakt zum Maison d'Izieu Mémorial des enfants juifs exterminés östlich von Lyon und es gibt eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit B'nai Brith Alsace beim Europäischen Tag der Jüdischen Kultur sowie mit den Amis de la Fondation pour la mémoire de la Déportation.

Sacharbeit

Neben der Abwicklung der finanziellen Förderung durch Land und Bund lag die Sacharbeit im Berichtszeitraum 2010/2011 bei der Mitwirkung an der deutschen Ausgabe des französischen Standardwerkes von Robert Steegmann zum Konzentrationslager Natzweiler, ferner bei einer Neuausgabe eines Heftes aus der



Johannes Buchter, Bürgermeister von Gäufelden (2. v.r.) führt eine Gruppe von LpB-Mitarbeiterinnen durch die Gedenkstätte des KZ Hailfingen-Tailfingen. Ganz rechts: Konrad Pflug, der scheidende LpB-Gedenkstättenreferent (Foto: Fichter)

MATERIALIENREIHE zur Deportation der badischen Juden 1940 nach Gurs, einer Bildungsreise nach Gurs und einer Israelreise, der Mitwirkung an der Anne-Frank-Ausstellung im Stuttgarter Hauptbahnhof und einer Gedenkfeier für Georg Elser an dessen Todestag in Stuttgart.

Erstmalig kooperierten wir mit dem Südwestdeutschen Lehrerverband und Yad Vashem bei der

Vorbereitung einer Lehrerfortbildung in Jerusalem. In beratender Funktion war die LpB an der Umsetzung der Planungen für die neue Gedenkstätte des KZ Hailfingen-Tailfingen beteiligt, dazu im Wissenschaftlichen Beirat der Gedenkstätte Neckarelz, in Gremien des Museums für die Geschichte von Christen und Juden in Laupheim, des Jüdischen Museums in Gailingen, am Hearing

der Stadt Stuttgart über die Gestaltung des Gedenkortes „Hotel Silber“ sowie im Kuratorium der Denkstätte Widerstand im Campus Weiße Rose in Weingarten.

Außerdem wurden vier parlamentarischen Anfragen bearbeitet. Alle enthalten detaillierte Darstellungen der Entwicklung der Gedenkstättenarbeit und sind im Internet dokumentiert unter www.landtag-bw.de/dokumente/parlamentsdokumentation.

70 Jahre Deportation nach Gurs

Höhepunkt der Jahresarbeit 2010 war die Bildungsreise zur Gedenkfeier in Gurs, an der auch die Überlebenden Inge Auerbacher, Amira Gezow und

Paul Niedermann teilnahmen. Die Landesregierung war durch Ministerpräsident Stefan Mappus, Staatsminister Helmut Rau und Staatsrätin Dr. Regina Ammicht Quinn vertreten. Eine am Eingang zum Lagergelände vom Land errichtete Erinnerungsstele symbolisiert die Verpflichtung zu dieser Erinnerung. Zum Abschluss der Gedenkfeier legte die Delegation Blumen am „Koffer aus Baden“ nieder, dem Gegenstück zum Mahnmal für die ermordeten Juden Badens in Neckarzimmern.

Anerkennung für Ehrenamtliche

Die Arbeit der Gedenkstätten in Baden-Württemberg fand in den Jahren 2010 und 2011 mehrfach förmliche Anerkennung. Barbara Staudacher und Heinz Högerle aus Rexingen sowie Michael Heitz aus Eppingen erhielten in Berlin den Obermayer German-Jewish History Award und gesellen sich damit zu den zahlreichen bereits früher Geehrten aus Baden-Württemberg. Der Landespreis für Heimatforschung 2010 ging an Volker Mall und Harald Roth für ihr Buch „Jeder Mensch hat einen Namen“ über

die Gefangenen des KZ Hailfingen-Tailfingen.

Einen zweiten Preis erhielt Manfred Hildenbrand von der Gedenkstätte „Vulkan“ in Haslach im Kinzigtal; der Jugendförderpreis ging an vier Schüler des Bismarck-Gymnasiums Karlsruhe für eine von Tobias Markowitsch angeleitete Arbeit über die Revierbaracke des KZ Neckarelz. Arno Huth erhielt eine Anerkennungsurkunde für seine Arbeit „Verfolgung der Sinti, Roma und Jenischen im Kraichgau, Neckar- und Elztal und Bauland“.



Amira Gezow bei ihrer Ansprache in Gurs. Im Hintergrund (v. l.): Ministerpräsident Stefan Mappus, Landesrabbiner Benjamin Soussan, Staatsrätin Dr. Regina Ammicht Quinn

„Ich blieb leben!“

Amira Gezow geb. 1929 in Coesfeld als Charlotte Siesel, wohnte ab 1934 in Mannheim. Heute lebt sie im Kibbutz Eilon an der libanesischen Grenze. In Ihrer Ansprache am 24. Oktober 2010 auf dem Friedhof in Gurs sagte sie:

„Ich blieb leben. Die jüdischen Mitglieder der französischen Résistance holten mich aus dem Transport nach Auschwitz, Transport Nr. 33, raus. Meine Eltern hatten dieses Glück nicht – sie wurden in Auschwitz umgebracht, und kein Grab und auch keinen Namen hinterließen sie mir und nur in mir blieb die Erinnerung an sie.

Wenn ich heute hier an Gräbern stehe, und den grünen Hain betrachte, der das heutige Gurs ist, wo Bäume wachsen und Blumen blühen und Vögel zwitschern, sehe ich vor Augen die Sümpfe von Gurs und das Elend von damals, und das wird nie aus meinem Sinn weichen, so lange ich leben werde. Die traurigen Erinnerungen werden immer tief in meiner Seele bleiben. Ich danke Ihnen allen und wünsche der ganzen Welt Shalom, Friede, mit der Hoffnung, dass Ereignisse wie ich sie hier schilderte, nie wieder wegen Fanatismus und Hass geschehen sollen.“

Gedenkstättenarbeit 2010

Förderanträge und -abrechnungen	Anzahl	Fördersumme	
Land Baden-Württemberg (LpB)	48	200.200 €	
Baden-Württemberg Stiftung	2	32.000 €	
Bundesbeauftragter für Kultur und Medien			
> 2010	1	19.125 €	
> 2011	1	80.000 €	(2011-2014)
Eigene Veranstaltungen			
Seminare	9		
Bildungsreisen	2		
Aktionen	1		
Europäischer Tag der Jüdischen Kultur	Veranstaltungen	Orte	Besucher
	157	55	6.000
Ausstellungen			
Georg Elser		3	3.705
Mannheim-Izieu-Auschwitz		1	
Publikationen/Medien			
Geförderte	15		
Eigene			
> Neuerscheinung	2		
> Nachdrucke	3		